



**BUND**  
**Naturschutz**  
**in Bayern e.V.**

Bund Naturschutz in Bayern e.V. · Pettenkoferstr. 10 a/l · 80336 München

An  
Bayerisches Landesamt für Umwelt  
86177 Augsburg

Landesverband Bayern  
des Bundes für Umwelt  
und Naturschutz  
Deutschland e.V.

Fachabteilung München  
Pettenkoferstr. 10 a/l  
80336 München  
Tel. 089 548298-63  
Fax 089 548298-18

Ihr Zeichen 69-4430.19-39089/2014  
Vom 24.07.2014  
Unser Zeichen WS-HW/HWRM/Stg  
Vom 31.10.2014

fa@bund-naturschutz.de  
www.bund-naturschutz.de

**Beteiligung der Verbände an der Entwurfserstellung der bayerischen  
Hochwasserrisikomanagementpläne (HWRM-Pläne) Donau und Bodensee  
Hier: Stellungnahme des BUND Naturschutz in Bayern e.V. (BN)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Erstellung der HWRM geben wir zur  
vorgelegten Handlungsanleitung folgende Stellungnahme ab.

Wir beschränken unsere Anmerkungen auf den zentralen Teil der HWRM-Pläne, nämlich den  
Maßnahmenkatalog. Unsere Anmerkungen gelten für die überregionale Ebene und sind  
letztlich für alle einzelnen Planungseinheiten relevant.

**1. Einstufung in „verpflichtende“ und „freiwillige Maßnahmen“:**

Viele der dringend nötigen Maßnahmen sind nach wie vor freiwillig, werden als „ergänzende  
Maßnahmen“ bezeichnet, die „freiwillig ausgewählt und durchgeführt werden können“. Als  
„grundlegend“ werden nur Maßnahmen bezeichnet (und mit „x“ markiert), „die aus  
rechtlichen Gründen zu den Pflichtaufgaben der jeweiligen Maßnahmenträger gehören“. Dies  
suggeriert, dass die nicht mit x gekennzeichneten Maßnahmen nicht „grundlegend“ wären,  
was jedoch bei vielen Maßnahmen falsch ist. Nur weil ein Maßnahmenträger zu einer  
Maßnahme nicht rechtlich verpflichtet ist, muss die Maßnahme nicht „nicht grundlegend“  
sein. Zudem ist bei vielen dieser Maßnahmen unseres Erachtens durchaus eine rechtliche  
Verpflichtung z.B. aus der WRRL oder der FFH-RL oder nationalen Gesetzen abzuleiten.

Es ist jedoch hinlänglich dokumentiert, insbesondere auch bei der Umsetzung der WRRL,  
dass freiwillige Maßnahmen nicht zum nötigen Erfolg führen. Gerade bei überregional

Spendenkonto:  
Bank für Sozialwirtschaft,  
München  
Kto. 88 44 090  
BLZ 700 205 00

abzustimmenden Maßnahmen und Maßnahmen, bei denen räumliche Entfernungen zwischen Maßnahmen-Ort (z.B. oberes Einzugsgebiet) und Wirkungsort (z.B. Siedlung im unteren Bereich eines Einzugsgebietes) liegen können, sind verbindliche Vorgaben nötig. Ein Hochwasserschutz, der nicht nur an den Symptomen kuriert, sondern die Vermeidung zum Ziel hat und daher versucht, die Ursachen zu ändern, kann nicht im wesentlichen auf Freiwilligkeit basieren.

Wir halten daher eine Überarbeitung dieser Einstufungen und der Priorisierung für dringend nötig.

Als nicht grundlegend sind beispielsweise folgende sehr wichtige Maßnahmen eingestuft:

- Der überwiegende Anteil der Maßnahmen zur Vermeidung, z.B. zahlreiche Maßnahmen der Flächenvorsorge, z.B. 301.1 „Integration des vorbeugenden Hochwasserschutzes in die Regionalpläne“ oder 303.3: „Integration des vorbeugenden Hochwasserschutzes bei der Aufstellung und Änderung von Bebauungsplänen“
- 304.1. und 304.2 die, lediglich eine Information über angepasste Flächennutzungen in Wald und Feld werden ebenso nicht grundlegend eingestuft. Gerade die zunehmende Verdichtung durch den Einsatz schweren Geräts führt zu einer faktischen „Versiegelung“ dieser Flächen. Da es sich für die Hochwasserentstehung durchaus um relevante Größenordnungen handelt, sollte zumindest die Information der Flächenbewirtschafter über ihre Verantwortung und Möglichkeiten der Mitwirkung bei der Reduzierung der Oberflächenabflüsse als grundlegende Maßnahme eingestuft werden.
- 306.1 „Hochwasserangepasstes Planen und Bauen“ sollte auf jeden Fall auch Maßnahmen des natürlichen Wasserrückhaltes bei Baumaßnahmen durch z.B. Minimierung der Versiegelung, Dachbegrünungen, Regenwasserversickerung auf dem Grundstück, Regenwassersammlung etc. beinhalten.
- 310 „Natürlicher Wasserrückhalt im Einzugsgebiet“, 311 „Natürlicher Wasserrückhalt in der Gewässeraue“, 312 „Minderung der Flächenversiegelung“, 313 „Natürlicher Wasserrückhalt in Siedlungsgebieten (Regenwasser-Management)“, 314 „Wiedergewinnung von Überschwemmungsgebieten“ – **keine einzige Maßnahme des Handlungsziels 5 „Verminderung von Hochwasserrisiken durch Wasserrückhalt“ wird als „grundlegend“ bezeichnet.** Alle diese Maßnahmen sind aber zentrale und unverzichtbare Elemente des Hochwasserschutzes bzw. der Hochwasservorsorge! Dies muss im Maßnahmen-Katalog deutlich dargestellt werden. Dies auch vor dem Hintergrund, dass beispielsweise Maßnahmen wie das Deichvorlandmanagement, die Gehölzpflege, die Beseitigung von Totholz oder die Räumung des Gewässerbettes (320.2) als „grundlegend“ eingestuft werden – obwohl sich beispielsweise das Vorlandmanagement weder im BayWG noch im WHG findet.
- 315.3 Umsetzung von Rückhaltmaßnahmen für Gewässer III. Ordnung (Becken, naturnaher Gewässerausbau u.a.). Diese Maßnahme müsste sowohl als grundlegend eingestuft werden als auch bei der EU-Maßnahmenart „natürlicher Wasserrückhalt“ und nicht wie im Leitfaden unter der EU-Maßnahmenart „Technischer Hochwasserschutz“ eingeordnet werden.

Wir bitten hier dringend um eine erneute Überprüfung der rechtlichen Verpflichtungen und ggf. um Einführung einer Differenzierung zwischen „rechtlich verpflichtend“ (im Sinne des im Maßnahmenkatalog verwendeten „grundlegend“) und – auch unabhängig von derzeitiger rechtlicher Verpflichtung – „wesentlich“.

## **2. Fehlende Maßnahmen:**

Im Bereich natürlicher Wasserrückhalt fehlen Maßnahmen zur landwirtschaftlichen Nutzung (nur hangparallele Bewirtschaftung wird als Teil von 310.2 erwähnt), zur Waldnutzung und die Moorrenaturierung – obwohl zahlreiche Untersuchungen vorliegen, dass insbesondere die Art der landwirtschaftlichen Nutzung und die Moorrenaturierung einen nicht unerheblichen Einfluss auf den Wasserrückhalt im Boden haben.

Für eine hochwasserangepasste Land- und Forstwirtschaft sollen lediglich Konzeptionen/ Studien/ Gutachten erstellt werden (501.1., 501.2.), und nicht einmal diese werden als „grundlegend“ eingestuft. Angesichts der bereits vorhandenen Erkenntnisse reicht es nicht aus, hierzu nur Konzepte zu erstellen, sondern es müssen Maßnahmen umgesetzt werden. Moorschutz wird in den gesamten Dokumenten überhaupt nicht erwähnt.

**Diese Maßnahmen sind zu ergänzen.**

Wir verweisen hierzu auch auf die „**Fortschreibung LAWA-Maßnahmenkatalog (WRRL, HWRM-RL)**“, beschlossen auf der 146. LAWA-VV am 26./ 27. September 2013 in Tangermünde“:

Maßnahme 310 für die HWRM-RL:

*„Maßnahmen zur Förderung des natürlichen Wasserrückhalt in der Fläche, mit denen das Wasserspeicherpotenzial der Böden und der Ökosysteme erhalten und verbessert werden soll z. B. bei der Bewirtschaftung von land- und forstwirtschaftlichen Fläche durch pfluglose konservierende Bodenbearbeitung, Anbau von Zwischenfrüchten und Untersaaten, Erstaufforstung, Waldumbau etc. sowie bei flächenrelevanten Planungen (Raumordnung, Bauleitplanung, Natura 2000, WRRL) einschl. der Erstellung entsprechender Programme zur hochwassermindernden Flächenbewirtschaftung“ (eigene Unterstreichung)*

Maßnahme 311 für die HWRM-RL: Aktivierung ehemaliger Feuchtgebiete:

*„Maßnahmen zur Förderung der natürlichen Wasserrückhaltung in der Fläche, mit denen das Wasserspeicherpotenzial der Böden und der Ökosysteme erhalten und verbessert werden soll z. B. modifizierte extensive Gewässerunterhaltung; Aktivierung ehemaliger Feuchtgebiete; Förderung einer naturnahen Auenentwicklung, naturnahe Ausgestaltung von Gewässerrandstreifen, naturnahe Aufweitungen des Gewässerbettes, Wiederanschluss von Geländestrukturen (z. B. Altarme, Seitengewässer) mit Retentionspotenzial.“*

Unter der Maßnahme 65 für die WRRL wird explizit der Moorschutz genannt, für die Maßnahmen ist eine Prüfung auf wechselseitige Synergien durchzuführen. Angesichts der gerade aus Bayern vorliegenden Untersuchungen zur Wirksamkeit des Moorschutzes auf den verzögerten Wasserabfluss ist der Moorschutz zwingend auch bei den Maßnahmen zur HWRM-RL aufzuführen.



### 3. Prioritätensetzung bei der Aufstellung der HWRM-Pläne

Für die nun folgenden Aufstellung der HWRM-Pläne halten wir es für nötig, dass die **Maßnahmen zur Vermeidung von Hochwasserschäden höchste Priorität** bekommen. Hierfür spielen insbesondere die Maßnahmen des natürlichen Wasserrückhaltes eine besondere Rolle, da sie nicht nur dem Hochwasserschutz dienen, sondern gerade zur Vermeidung von Hochwasser im Einzugsgebiet oder von Schäden dienen. Dabei sind die unter Punkt 1 und 2 dargestellten Ergänzungen bei einzelnen Maßnahmen aufzugreifen.

Weiterhin halten es für besonders wichtig, **Maßnahmen mit hohen Synergie-Effekten die höchste Priorität** beizumessen. Auch hierbei spielen Maßnahmen des natürlichen Hochwasserschutzes eine besondere Rolle, da sie in erheblichem Umfang auch der Umsetzung von Zielen des Naturschutzes, des Klimaschutzes, des Wasserschutzes (WRRL) und der Erhöhung des Erholungswertes dienen. Insbesondere sind sämtliche Möglichkeiten zur Deichrückverlegung in den Talauen in den Plänen darzustellen und zu nutzen.

Und nicht zuletzt halten wir es für höchst prioritär, in den Plänen dem Flächenschutz einen sehr starken und verbindlichen Stellenwert einzuräumen.

**Bezüglich konkreter Vorschläge für einzelne Planungseinheiten verweisen wir auf zahlreiche Vorschläge unserer BN-Gruppen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zur WRRL. Zahlreiche dieser dort eingebrachten (und bisher weitgehend ignorierten) Vorschläge sind auch zentrale Maßnahmen eines vorsorgenden Hochwasserschutzes.**

Zudem liegt unserer Stellungnahme die Stellungnahme des BN im Rahmen einer Landtagsanhörung am 10.07.2014 bei, aus der sich weitere Begründung zu den o.g. Punkten ergeben.

Mit freundlichen Grüßen,



Dr. Christine Margraf  
Leiterin BN-Fachabteilung München